

Liebe Leyla Imret, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Gäste,

als ich gebeten wurde, zur Verleihung des Ossietzky-Preises an Leyla die Laudatio, also die Preisrede zu halten, habe ich nicht lange mit meiner Zustimmung gezögert. Ich habe Leyla kennengelernt vor etwa einem Jahr in Bremen auf einer gemeinsamen Veranstaltung. Die Hochschule, in der die Veranstaltung stattfinden sollte, hatte uns kurz zuvor den Saal wieder gekündigt, da es sich um eine politische und keine wissenschaftliche Veranstaltung handele. So half uns spontan die Gewerkschaft Verdi mit ihren Räumen am Hauptbahnhof, wo ich dann erstmals von dem dramatischen Leben Leylas erfuhr. Wir trafen uns im März dieses Jahres wieder in Paris auf dem Tribunal der Völker, wo Leyla als Zeugin über Erdogans Krieg gegen die kurdischen Städte auftrat und ich mit einer internationalen Jury über die Kriegsverbrechen zu urteilen hatte.

Beide Mal beeindruckte sie mich durch ihren Mut, die Klarheit ihres Zeugnisses und ihr ungeteiltes Bekenntnis zu ihrem kurdischen Volk und seiner politischen Führung. Und nun ein Preis in jungen Jahren, der üblicherweise erst in späteren Jahren nach Jahrzehnten im Widerstand oder im Kampf für die Grund- und Menschenrechte vergeben wird. Was zeichnet einen Menschen für eine so frühe Ehrung aus? Gewiss ist es die Entscheidung, aus Deutschland, in dem sie 20 Jahre in Sicherheit gelebt hatte, in ihre Heimatstadt Cizre zurückzukehren, und sich sofort im Kampf für die Freiheit ihres Volkes zu engagieren. 2013 herrschte zwar noch Waffenstillstand zwischen der türkischen Armee und der PKK. Aber sie war die Tochter eines Widerstandskämpfers der PKK, der 1991 von türkischen Milizen getötet worden war und die ihre Mutter gefoltert hatten. Das war ein mutiger Schritt, vor allem weil sie alsbald sichtbar für die BDP, die „Partei für Frieden und Demokratie“, die kommunale Organisation der HDP, kandidierte und 2014 zur Co-Bürgermeisterin von Cizre gewählt wurde. Ihr offenes Bekenntnis zu der Kraft in der Türkei, die die herrschende AKP und ihr Führer Erdoğan am meisten fürchtet und mit allen Mitteln bekämpft, war eine Herausforderung, die nicht lange ohne entsprechende Reaktion bleiben konnte. In allen Ortschaften in Nord-Kurdistan, dem südöstlichen Teil der Türkei, gab es nun jeweils zwei Bürgermeister - einer männlich und einer weiblich. Sie signalisierten nicht nur die Emanzipation der kurdischen Frauen, sondern auch den Anspruch auf Selbstverwaltung und Autonomie in der Türkei.

Leyla hatte nur wenig Zeit, sich um die Sorgen und Nöte der Einwohner ihrer Stadt zu kümmern und für eine Verbesserung der schlechten Lebensbedingungen zu streiten. Schon im Frühjahr 2015 kündigte Erdoğan den Dialog mit Abdullah Öcalan, der immer noch isoliert auf der Insel Imrali gefangen gehalten wurde, und kehrte zu seiner alten Kriegspolitik zurück. Er hatte sein Wahlziel im Juni 2015 nicht erreicht, die HDP unter 10 % zu halten. Sie erhielt 13 % und vereitelte damit die verfassungsändernde Mehrheit für die AKP. Er griff schon Ende Juli 2015 mit seiner Armee verschiedene Ortschaften in Kurdistan an, wie das historische Centrum Diyarbakir Sur, Silopi, Nusaybin und auch Cizre. Zugleich verhängte er über etliche Orte den Ausnahmezustand, verhaftete mehrere Abgeordnete der HDP und BDP und ließ Anklage erheben gegen zahlreiche

Bürgermeister. Ein solches Verfahren wurde am 10. September 2015 auch gegen Leyla Imret wegen „Aufwiegelung des Volkes gegen den Staat“ und „Propaganda für eine Terrororganisation“ eröffnet. Dieses sind die Standard-Vorwürfe, zu denen der „Separatismus“ hinzukommt, da in den Kommunen als Form des zivilen Widerstandes die Forderung nach Selbstverwaltung lautstark erhoben wurde. Leyla hatte lediglich die Situation in den Kriegsgebieten als das bezeichnet, was sie war: Bürgerkrieg, und mit einem Sprichwort umschrieben: „Wenn es Frieden gibt, beginnt er in Gizîr, und wenn es Krieg gibt, beginnt er auch in Gizre.“

Im Februar 2016 habe ich mir die Zerstörungen in den Städten angesehen. Die Armee hatte ohne Rücksicht zivile Häuser und Einrichtungen angegriffen. Sur, wie eine Geisterstadt von Ruinen sollte offensichtlich vollkommen zerstört und die Bevölkerung vertrieben werden. Silopi war von der angrenzenden Anhöhe unter Artilleriefeuer geraten, in den leeren Ruinen lagen nur noch Schutt und Trümmer. Nusaybin war noch unter Quarantäne, Scharfschützen bedrohten den Zutritt zum Stadtkern. Die Co-Bürgermeisterin erwartete ihren Prozess wegen „Separatismus“. Nur Cizre war noch vollkommen gesperrt und abgeriegelt. Die Armee war offensichtlich dabei, die Spuren ihrer Verwüstungen und Zerstörungen so weit wie möglich zu beseitigen. In den elf Wochen, in denen in Gizre bis zum März 2016 Ausgangssperre herrschte, wurden 1200 Häuser vollkommen zerstört, kamen 66 Mitglieder der zivilen Verteidigungseinheiten (YPS) und 213 Bürgerinnen und Bürger ums Leben. In den Todeskellern der Stadtteile Cûdî und Nur verbrannten über 150 Menschen und die Weltöffentlichkeit schaute zu. Zahlreiche Leichen lagen lange Zeit, ohne identifiziert zu sein, in den Kühlhäusern. Die Zahl der Menschen, die vor dem Krieg geflohen waren oder ihre zerstörten Wohnungen verlassen mussten, war noch unbekannt.

Im Frühjahr 2017 hat Leyla Cizre dann verlassen. Ihre Wohnung war durchsucht worden, und sie war mehrfach von der türkischen Polizei verhaftet worden. Die Situation war für sie hochgefährlich geworden. Auch die Resolution „Solidarität mit Leyla Imret – für Demokratie, Menschenrechte und Meinungsfreiheit in der Türkei“ -, aus dem Kreistag des Landkreises Osterholz, wo sie in Deutschland so lange gelebt hatte, konnte sie nicht schützen. Sie musste ihre Heimat wieder verlassen und über den Irak nach Deutschland fliehen, wo sie nun eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung hat. Das ist vielleicht das einzig Tröstliche an dieser bitteren Odyssee, dass sie in ein Land fliehen konnte, nach Osterholz-Scharmbeck, wo sie schon so lange gelebt hat und das für sie hoffentlich zu einer zweiten Heimat werden konnte. Denn Solidarität und Unterstützung sind die Voraussetzung, um das erfüllen zu können, was Leyla sich auch hier vorgenommen hat, den Menschen aus Kurdistan jetzt hier im Exil zu helfen. „Bis jemand anderes gewählt wird, fühle ich mich immer noch verantwortlich und vertrete natürlich immer noch das Volk“, bekannte sie im Deutschlandfunk. So war sie Zeugin im März vor dem Internationalen Tribunal der Völker in Paris und unterstützte vor zwei Wochen vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg die Kläger, als über die Verbrechen in Cizîr verhandelt wurde.

„Wir reden mit Parteien und Stiftungen“, sagt sie in einem anderen Interview, „und möchten, dass die Türkei wieder Friedensgespräche mit der PKK aufnimmt. Dies kann nur mit internationalem Druck erfolgen. Während der Friedensverhandlungen vor drei Jahren waren die Menschen voller Hoffnung. Kein Polizist, kein Soldat, keine Guerilla ist gestorben. Um die Türkei zu demokratisieren, muss die Kurdenfrage gelöst werden. Das sagt unsere Partei seit Jahren: Es gibt keine andere Lösung.“ Leyla Imret beklagt zu Recht, dass zu wenig in den Medien über die Situation in Kurdistan berichtet wird und der Druck auf die deutsche Regierung, die Waffenlieferungen an die Türkei einzustellen zu gering ist. Sie plädiert für die Einstellung der Wirtschaftsbeziehungen.

Und sie sagt auch Folgendes: „Die Lösung (des politischen und militärischen Konflikts, N.P.) ist einfach: Der Dialog muss wieder aufgenommen werden. Der Schlüssel dafür liegt in Imrali, dort, wo PKK-Mitbegründer Abdullah Öcalan seit 1999 in Einzelhaft sitzt.. Sie wissen ganz genau, dass das Verhandeln mit Öcalan der einzige Weg für den Frieden ist. Die türkische Regierung wirft der kurdischen Bewegung vor, sie wolle das Land spalten. Aber das stimmt nicht. Wir sind für einen konföderalistischen Staat, in dem alle Menschen unabhängig von ihrem ethnischen oder religiösen Hintergrund gleichgestellt sind.“

Ich verstehe diesen Preis für Leyla Imret auch als einen Preis an die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die wegen der gleichen Überzeugungen, der gleichen Arbeit für die Menschen ihrer Kommunen, für ihren Mut, ihre Standhaftigkeit und Unbeugsamkeit in türkische Gefängnissen gesperrt worden sind. Es sollen derzeit noch 79 sein, die nicht mehr die Chance hatten zu fliehen oder nicht fliehen wollten, da sie nicht wussten, wohin. Wer spricht hier für sie – niemand. Sie finden hier keine Medien, so wie die gefangenen Journalisten mit deutschem Pass. Leyla ehren heißt deshalb auch, diese Kämpferinnen und Kämpfer für eine demokratische Türkei ehren.

Und ich verstehe diesen Preis nicht nur als eine Ehrung für den bisherigen Kampf und Widerstand, den gezeigten Mut und die erwiesene Entschlossenheit, sondern auch als Aufforderung, nicht müde zu werden, den Weg weiter zu gehen und vor den übergroßen Schwierigkeiten nicht aufzugeben. Ein solcher Preis enthält auch eine Aufgabe, das Ziel nicht aus den Augen zu verlieren, nicht das Vermächtnis, welches Leylas Vater ihr hinterlassen hat, zu vergessen: Frieden und Gerechtigkeit für das kurdische Volk in der Türkei. Leyla hat selbst immer wiederholt, „die Lösung ist einfach: Der Dialog muss wieder aufgenommen werden. Der Schlüssel liegt in Imrali, dort, wo PKK-Mitbegründer Abdullah Öcalan seit 1999 in Einzelhaft sitzt.“ Seit zwei Jahren wird er dort wieder in totaler Isolation gefangen gehalten und niemand weiß, wie es ihm geht. Die Angst der türkischen Regierung vor den legitimen Sprechern und Repräsentanten der kurdischen Bewegung, Abdullah Öcalan und Selahattin Demirtas, ist so groß, dass sie sich nur sicher fühlt, wenn beide hinter Gittern von ihrem Volk getrennt und isoliert sind. Es ist die Angst vor dem Frieden, den sie mit dem kurdischen Volk zu teilen hat.

Bisher gibt es in Deutschland keine Organisation, die den Mut hätte, Abdullah Öcalan einen Preis für seinen Beitrag und seine Opfer, die er für einen möglichen Frieden in der Türkei geleistet hat, zu geben. Zu groß ist auch hier offenbar die Angst, in den Vorwurf

der Unterstützung des Terrorismus hineingezogen zu werden. Dieser Vorwurf ist das politisch-ideologische Gefängnis, in das jeder hineingesteckt wird, der den türkisch-deutschen Terrorismus-Konsens herausfordert. Dieser ohnehin willkürliche Vorwurf ist jetzt vom Europäischen Gerichtshof in Luxemburg als unbegründet zurückgewiesen worden. Und dennoch ist die PKK für 2018 wieder auf die EU-Terrorliste gesetzt worden, sodass eine neue Klage notwendig wird.

Und so verstehe ich diesen Preis an Leyla Imret schließlich auch als eine Verpflichtung für uns – Preisverleiher, Preisredner und Preisgäste –, dass wir Leyla nicht nur ehren, sondern auch ihren Kampf für den Frieden zu unserem Kampf machen. Wir müssen dabei helfen, den Weg für eine politische Lösung zum Frieden zu öffnen. Das ist nur möglich, wenn Abdullah Öcalan aus seiner Isolation im Gefängnis auf Imrali befreit und als legitimer Vertreter des kurdischen Volkes in Freiheit die Verhandlungen über den Frieden führen kann. Heute hat für die HDP-Abgeordnete von Hakkari, Leyla Güven, der 39. Tag ihres unbegrenzten Hungerstreiks in Diyarbakir gegen die Isolation Öcalans in Imrali begonnen. Mit ihr sind hunderte politische Gefangene in den Hungerstreik getreten. Letztlich geht es um die gleichen Rechte für das kurdische wie das türkische Volk, um Anerkennung und Garantie der politischen, ökonomischen und sozialen Grundrechte, um das Recht auf Selbstverwaltung in der Türkei. Es geht um die Aufhebung des vollkommen unbegründeten Vorwurfs des Terrorismus gegen die PKK, der nur als politischer Vorwand benutzt wird, nicht mit ihr zu verhandeln, sondern sie mit Krieg zu bekämpfen. In unserem Land führt die Justiz Erdoğan's Krieg mit absurden Mitteln weiter. Nach wie vor werden legale Aktivitäten kurdischer Aktivistinnen und Aktivisten als Terrorismus kriminalisiert und strafrechtlich verfolgt. Vor drei Tage wurde vor dem Hanseatischen Oberlandesgericht in Hamburg Anklage gegen Mehmet Kaya erhoben. Seine Unterstützung für Reisen zu einer Demonstration gegen den Auftritt Erdoğan's im Mai 2014 in Köln wird von der Klage als terroristischer Akt gewertet – wo leben diese Beamten? Diese Justiz ist ein Skandal.

Wir müssen die Kumpanei der Waffengeschäfte durchbrechen, die sich ausschließlich gegen die Kurden im eigenen Land, in Irak und Syrien richtet. Mit keinem Land liegt die Türkei derzeit im Krieg, außer mit dem eigenen Volk der Kurden. Wir dürfen die deutsche Regierung nicht aus der Verantwortung entlassen, ihre ständige Berufung auf die europäischen Werte und Menschenrechte in ihren Geschäften mit dem NATO-Partner Türkei nicht zu vergessen. Es genügt nicht, gegen die Inhaftierung deutsch-türkischer Journalistinnen und Journalisten zu protestieren, über die Verhaftung kurdischer Politiker, die Zerstörung kurdischer Städte und die offen völkerrechtswidrige Invasion in den kurdischen Kanton Afrin im Norden Syrien aber mit Schweigen hinwegzugehen. Das Interesse an der Türkei als NATO-Partner und Bollwerk gegen die Flüchtlinge aus dem Mittleren Osten rechtfertigt nicht, Repression und Krieg gegen die kurdische Bevölkerung stillschweigend zu akzeptieren.

Ein Preis verpflichtet. Er verpflichtet nicht nur die Preisträgerin, sondern vor allem diejenigen, die den Preis verleihen. Mit der Übergabe des Preises ist morgen nicht alles vorbei. Dann beginnt auch für uns die aktive Solidarität mit Leyla Imret.